Herr Vorsitzender, liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen,

Als BIBS-Fraktion finden wir es grundsätzlich wichtig und sinnvoll, wenn Daseinsvorsorge und alle damit verbundenen Prozesse in kommunaler Hand liegen. Dazu gehört natürlich auch die Abfallwirtschaft.

Wir bedauern, dass die Stadt ihren Handlungsspielraum weiterhin aus der eigenen Hand in die Hände privater Akteure legen will, die natürlich zunächst der Gewinnoptimierung verpflichtet sind. Die Kommune ist hingegen nicht der Gewinnoptimierung verpflichtet, und sie kann daher im Sinne der Bürgerinnen und Bürger wirtschaftlicher agieren.

Es gibt im Bereich der Abfallwirtschaft viele Möglichkeiten der Steuerung, die die Stadt in Eigenregie viel besser wahrnehmen kann.

Alle Maßnahmen der Stadt müssen sich zuvorderst an den Klimazielen ausrichten, die wir uns gesetzt haben, die auch gesetzlich verankert sind und von deren Erreichung unsere lebenswerte Zukunft abhängt. Die Ausrichtung an diesen Zielen muss auch in dieser Frage der dringendste Maßstab sein.

Wir als BIBS-Fraktion sehen im Hinblick auf die angestrebte Klimaneutralität der Stadt große Potentiale in einer starken und optimierten Kreislaufwirtschaft, die derzeit noch lange nicht ausgeschöpft sind.

Um die nach Abfallgesetzgebung geforderten hohen Recyclingquoten zu erreichen, würden wir auch gerne auf weitergehende und ungewöhnliche Maßnahmen setzen. So kann die Einrichtung eines Systems zur Wiederverwendung von Möbeln, Haushaltsgegenständen und vielen Dingen des täglichen Gebrauchs, die viel zu häufig einfach im Müll landen, Abfälle reduzieren und ein Beitrag zur Ressourcenschonung sein.

Im Bereich Winterdienst muss mit einer Neustrukturierung der Einsatz von Salz auf ein Mindestmaß beschränkt werden, denn Schäden an den Stadtbäumen bis hin zu deren Absterben konterkarieren die Klimaziele.

Das sind nur zwei Beispiele von vielen, die hier kreativ Anwendung finden sollten.

Schon 2023 hatte die BIBS - Fraktion anlässlich der Verlängerung der Verträge mit Alba deutlich gemacht, dass wir eine Rekomunalisierung der Abfallwirtschaft anstreben.

Es wurde damals in einem Gutachten geäußert, dass der Betrieb unter kommunaler Regie grundsätzlich eine günstige Variante ist. Dennoch werden aktuell u.a Kostengründe angeführt warum eine Rekommunalisierung als Zukunftsmodell nun angeblich doch nicht in Frage käme.

Eine Neuausrichtung unterstützen wir, allerdings nicht auf Grundlage des Betreibermodells.

Wir beantragen daher heute die getrennte Abstimmung der Punkte 1 bis 3.